

Wiedereinführung von Quartiershelfern im Stadtbezirk Brackwede

Bürgerantrag gem. §24 GO NRW
zur Sitzung der BZV Brackwede am 28.02.2019

Antragsteller:

- Rainer Seifert, Hauptstraße 32, 33647 Bielefeld

Antragstext

Ich fordere das Bezirksamt und die Fachverwaltungen auf zu prüfen, inwieweit es möglich ist, wieder Quartiershelfer in Brackwede einzuführen, die sich einerseits um die Sauberkeit im Stadtbezirk kümmern und andererseits das Bezirksamt und den Stadtteil bei der Ausrichtung von Stadtteilfesten und -events sowie anderen städtischen bzw. bezirklichen Aufgaben unterstützen.

Dabei sollten nach Möglichkeit die Förderungsmöglichkeiten des neuen Paragraphen 16i SGB-II genutzt werden, die eine 5-jährige Förderung für Langzeitarbeitslose (mind. 7 Jahre) vorsehen. Mit einer 100% Förderung in den ersten 2 Jahren, 90% im Jahr 3, 80% im Jahr 4 und 70% im Jahr 5. Durch diese Maßnahmen können diese Langzeitarbeitslosen in den 5 Jahren gut für den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

Diese Maßnahme sollte aber nicht dazu führen, dass es zu dauerhaften ungeforderten Stellenerhöhungen in der Stadtverwaltung kommt.

Begründung

In der letzten Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetriebe (UWB) am 23.01.2019 wurde bei der Verabschiedung des Konzeptes zur Vermeidung der Vermüllung auf den Einsatz von Quartiershelfern auf Stadtbezirksebene verwiesen. Frau Stücken-Viernau vom UWB hat darauf hingewiesen, dass diesen Job nach §16i SGB-II Langzeitarbeitslose mit mehr als 7 Jahren Arbeitslosigkeit bekommen könnten. Die Arbeitsagentur würde das 5 (früher nur 3) Jahre lang fördern. Der Betriebsausschuss hat das nicht nur wohlwollend zur Kenntnis genommen, sondern deren (Wieder-)Einführung ausdrücklich begrüßt. Ich selber weiß aus eigener Erfahrung mit den bisherigen Quartiershelfern den Einsatz, die Motivation und den positiven Effekt zu schätzen. Außerdem hat Frau Stücken-Viernau gesagt, dass Langzeitarbeitslose, die 5 Jahre lang erfolgreich als Quartiershelfer gearbeitet haben, durchaus einen dauerhaften und entsprechenden Job im UWB bekommen könnten. Auf jeden Fall würde sie sich dafür einsetzen. Damit hätte nicht nur der Stadtteil einen großen Vorteil, sondern auch die betroffenen Langzeitarbeitslosen hätten eine dauerhafte Job-Perspektive und der UWB als auch der allgemeine Arbeitsmarkt hätte zusätzliche gute und erfahrene Job-Kandidaten. Im Endeffekt ist es also eine Win-Win-Situation.